

Vorläufige Tagesordnung der 16. Sitzung des 33. Studierendenrates am 11.09.2022

Ort: Hallischer Saal
Zeit: 18:30 s.t.

TOP 00 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Lesung der Tagesordnung (18:30)

TOP 01 Angestelltenbelange (18:40)

TOP 02 Referent*innenbelange (19:00)

TOP 03 Berichte der Sprecher*innen (19:10)

TOP 04 Berichte aus den AKs, Studentenradio und der hastuzeit (19:25)

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|
| 1. <i>Hastuzeit</i> | 7. <i>AK Studieren mit Kind</i> |
| 2. <i>AK alv</i> | 8. <i>AK Protest</i> |
| 3. <i>AK Wohnzimmer</i> | 9. <i>AK Inklusion</i> |
| 4. <i>AK Zivilklausel</i> | 10. <i>AK Uni im Kontext</i> |
| 5. <i>AK que(e)r einsteigen</i> | 11. <i>AK Kritischer Jurist*innen</i> |
| 6. <i>AK Ökologie</i> | 12. <i>Studierendenradio</i> |

TOP 05 Anträge und Diskussion (19:40)

- a. Antrag IG Musikwissenschaft
- b. Antrag Rassismuskritische Medizin

TOP 06 Sonstiges (20:0)

Bericht Referat für Äußeres StuRa 11.09.2023

- Alltagsgeschäft
- Vorbereitung HoPo Newsletter
- Mails beantwortet
- Stellungnahmen verfasst (siehe weiter unten)
- Arbeit in der SRK (Hinweis, auch wenn ich selber nicht da war:
https://www.instagram.com/p/CwxkjaWNeBj/?img_index=1)
- MLUnterfinanziert
- Mitarbeit Bildungsprotest
- Mitarbeit Halle For Choice
- Aufruf Schnellroda (wird nachgereicht)

Wichtige kommende Termine:

Bildungsprotest 23. September 2023

Demo: 14 Uhr Am Steintor

Parallel dazu (und danach) -> Infomeile ab 14 Uhr auf dem Uniplatz

-> wäre cool, hier einen StuRa/MLUnterfinanziert-Stand zu machen -> es braucht noch Freiwillige

Infos: <https://www.instagram.com/bildungsprotest.halle/>

Safe Abortion Day 28. September 2023

16:30 Uhr Marktplatz

Infos: <https://www.instagram.com/halleforchoice/>

Nächstes **#MLUnterfinanziert** – Plenum:

12. September / Dienstag / 20 Uhr / Online

Zugangsdaten: mlunterfinanziert@gmx.de

Stellungnahmen:

KfW – Schuldenfalle aus Verantwortung

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verspricht viel: Unabhängig vom Einkommen, schnell und unbürokratisch können Studierende einen Studienkredit bekommen, flexible Raten und Rückzahlungsmodalitäten vereinbaren – das Einkommen der Eltern müssen sie genauso wenig nachweisen wie etwaige Sicherheiten. Was man sonst nur in eher dubiosen Angeboten findet, scheint auch bei der seriösen staatlichen Förderbank möglich – im Idealfall ohne unschöne Nebeneffekte wie Betrug oder ewiger Schuldenfalle. Denn die KfW ist eine „Bank aus Verantwortung“, wie sie sich selbst nennt.

Leider beweist die KfW immer wieder, dass sie ihre Versprechen nicht einlöst, zumindest wenn man kein Unternehmen ist, sondern nur Student*in. Tatsächlich müssen Studierende, die einen KfW-Studienkredit aufnehmen, damit rechnen, sich langfristig zu verschulden und ihre grundlegenden Bedarfe trotzdem nicht decken zu können. Das liegt neben der niedrigen Auszahlungssumme auch daran, dass die KfW-Zinssätze nicht nur im Schnitt unerträglich hoch sind, sondern auch halbjährlichen Anpassungen unterliegen. Während es also durchaus Kredite mit deutlich besseren Konditionen gibt, die aber nur Leuten zur Verfügung stehen, die z.B. Kaufhausketten in den Ruin treiben und tausende von langjährigen Beschäftigten auf die Straße setzen, werden die Studierenden alle sechs Monate dem Referenzzinssatz „Euro InterBank Offered Rate“ (EURIBOR) unterworfen.

Ganz konkret bedeutet das, dass sich die Zinsen, die im Oktober 2021 bei 3,76 Prozent lagen, bis zum April 2023 auf 7,82 Prozent erhöht haben. Neben diesen variablen Zinsen, die im Oktober 2023 noch weiter steigen könnten, gibt es auch die Festzinsen, die man bei der Rückzahlung wählen kann. Die

Festzinsen, die bereits bekannt sind, liegen effektiv bei 8,67 bis 9,18 Prozent, und geben damit auch einen Ausblick auf den erwarteten Anstieg der variablen Zinsen wie „studis online“ (<https://www.studis-online.de/studienkredit/kfw-zinsentwicklung.php>) berichtet. Kurzum: Es gibt kaum Menschen, die höhere Zinsen zahlen als Studierende, die in Armut leben und kaum eine andere Wahl haben.

Das Deutsche Studierendenwerk weist zurecht darauf hin, dass die Zinsen einen historischen Höchststand erreicht haben und völlig aus dem Ruder laufen. Schon lange wird berichtet, dass die Verschuldung von Studierenden nach dem Studium ansteigt. Auch die Abbruchquoten gehen vielfach auf die soziale Lage zurück. Die Regierung reagiert darauf allerdings nicht mit Investitionen und einer echten Bafög-Reform, um die es notwendig gehen müsste, sondern unternimmt nichts, um den Studierenden zu helfen. Vielmehr treibt sie die Verschlechterung der Lage selbst voran, in dem sie im Sozialbereich massiv kürzt und etwa 24 Prozent des Bafög-Haushaltes streicht. Das ist eine Katastrophe und auch Ausdruck davon, dass die soziale Lage der Studierenden weiterhin egal ist. Umso wichtiger ist es, auf die Notwendigkeit von Veränderung hinzuweisen – Armut überall bekämpfen, Studienfinanzierung und Sozialleistungen endlich gerecht machen!

Kein Geld für faschistische Stiftungen!

In Sachsen-Anhalt und im Bund wird derzeit an Stiftungsgesetzen gearbeitet, die die Finanzierung der politischen bzw. partei-nahen Stiftungen neu regeln sollen. Grundlage dafür ist, dass Gerichte hier Regelungsbedarf im Umgang mit den Stiftungen der faschistischen AfD gesehen haben. Die Partei hat, wie jede andere größere Partei auch, Stiftungen auf Landes- und Bundesebene und versucht seit Jahren strategisch an die Stiftungstöpfe zu kommen, die einen enormen Mittelaufwuchs im Sinne der politischen Arbeit bedeuten würden – letztlich geht es um die Finanzierung faschistischer Propaganda. Und auch viele uns bekannte Akteur*innen, wie etwa gewaltbereite „Identitäre“, die bereits jetzt für die AfD arbeiten, könnten ihre akademische Karriere bei einer AfD-nahen Stiftung wohl besser fortsetzen und ihre Gewalt auch zurück auf den Campus der MLU tragen.

In Sachsen-Anhalt betrifft das Friedrich-Friesen-Stiftung, die engste Verbindungen zum „Institut für Staatspolitik“ rund um den völkischen „Vordenker“ Götz Kubitschek unterhält, allerdings selbst recht wenig in Erscheinung tritt. Hier wartet man auf das Geld. Da das nicht kam, wurde geklagt, wobei die Gerichte im März diesen Jahres entschieden haben, dass es ein Stiftungsgesetz bräuchte. Bis dahin sind alle Mittel für die partei-nahen Stiftungen Sachsen-Anhalts gestoppt worden. Das halten wir für die schlechteste Lösung. Natürlich braucht es nach dem Urteil rechtliche Sicherheit durch ein Stiftungsgesetz. Allerdings können die demokratischen Stiftungen nicht jahrelang darauf warten, dass ein neues Gesetz kommt. Hier muss die Politik handeln und darf der extremen Rechten nicht jetzt schon das Feld durch Untätigkeit überlassen.

Auf Bundesebene sieht es etwas besser aus: Hier gibt es keinen Stopp der Mittel, aber auch hier wird, nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Februar 2023, an einem Stiftungsgesetz gearbeitet, welches die Förderung zukünftig regulieren soll. Die AfD-nahe Organisation heißt hier „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ (DES) und verfügt über nicht weniger Kontakte zur extremen Rechten. Während es bei der AfD-Stiftung in Sachsen-Anhalt aber schon ein Aufgehen der Struktur in bestehenden völkischen Netzwerken gibt, hat die DES ein eigenes Netzwerk zwischen Faschist*innen und Rechtskonservativen gebildet, weshalb diese passenderweise von der Ex-CDU-Abgeordneten Erika Steinbach geleitet wird.

Momentan ist die Situation also offen und wir glauben als Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nicht, dass eine gute und antifaschistische Lösung tatsächlich gesichert

ist. Vielmehr sind drei Optionen denkbar: Das Einknicken vor der extremen Rechten im Namen eines vermeintlichen Gleichheitsgrundsatzes, der angesichts der damit verbundenen Förderung faschistischer Strukturen allerdings nichts wert sein kann. Es droht aber erfahrungsgemäß auch die völlig unnötige Überbürokratisierung sowie das Evozieren der „Extremismus-Theorie“, welche zwar die AfD ausschließt, aber auch völlig legitime Anliegen und wissenschaftliche Aspekte als „linksextrem“ denunzieren und aus der Finanzierung ausschließen könnte. Natürlich gibt es aber auch die dritte und beste Option: Ohne unwissenschaftliche, bürokratische und juristische Probleme. Es muss schlicht darum gehen, inhaltlich deutlich zu machen, was gefördert werden kann und was nicht. Dass man bei den AfD-nahen Stiftungen eine völkische und antidemokratische „Wende“ (bzw. einen Umsturz) plant, ist offensichtlich und gut belegt.

Gerade Sachsen-Anhalt, welches sich selbst eine antifaschistische Verfassung gegeben hat, hat die Möglichkeiten und die Pflicht diese in die Praxis umzusetzen. Dafür braucht es bei einem Stiftungsgesetz keine Hilfskonstruktionen und die Einschränkung aller, sondern nur eine klare Kante.

Bericht Vorsitz für die StuRa-Sitzung am 11.09.23

- Termin zum Umbau der Steintor Bibliothek (Spoiler: es gibt mehr Arbeitsplätze!)
- Teilnahme am Mobilitätsgipfel des fzs in Frankfurt: bei einem bundesweiten Semesterticket tut sich gerade eher wenig, wir müssen wieder stärker die lokale / landesweite Ebene in den Fokus nehmen
- Organisation des Bewerbungsverfahrens für die Ausschreibung Systemadministration
- Durchführung der SPK-Sitzung
- Beginn der Ausarbeitung zur Evaluation der fzs Mitgliedschaft (gibt es auf der letzten StuRa-Sitzung)

Nächste Termine:

27.09. 09 Uhr: Gespräch Prorektor für Studium und Lehre zum Vorschlag der AG Psychotherapie

27.09. 15 Uhr: Sondersitzung des Senats der MLU zum Hochschulentwicklungsprozess

28.09. 14 Uhr: Gespräch mit Verkehrsministerin Dr. Lydia Hüskens zum Semesterticket

09.10. 15 Uhr: Gespräch mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks (regelmäßiger Austausch)

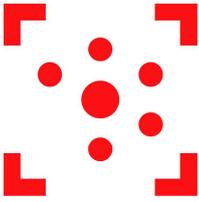
10.10. 14 Uhr: Gespräch zur studentischen Mobilität mit Vertreter*innen der Stadt Halle

Bericht Sozialsprecher:innen

- 3 Sozialdarlehen vergeben
- Tagesgeschäft
- Organisation Awarenessworkshop
- Konzept Awareness Ersti Clubtour

Bericht Sitzungsleitung

- Tagesgeschäft



Antrag auf finanzielle Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen

Antragsdatum: 21.08.2023

Seite 1 von 3

Studierendenrat
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Universitätsplatz 7
06108 Halle/ Saale

Name des Projektes: 36. DVSM-Nachwuchssymposium in HalleVeranstaltungsort: Musikinstitut, Kleine Marktstraße 7Art der Veranstaltung: Symposium/TagungVeranstaltungszeitraum: von 08.12.2023 bis: 10.12.2023

Dem Antrag ist ein detaillierter Finanzplan beizufügen!

Dieser muss alle Einnahmen und Ausgaben übersichtlich und nachvollziehbar enthalten. Positionen, welche in irgend-einer Weise gefördert werden, sind auszuweisen. Als Muster dient der Finanzplan auf der letzten Seite.

Antragssteller (1. Ansprechpartner)

Name: [REDACTED] Vorname: [REDACTED] Anschrift siehe Blatt -3-

an der Organisation beteiligte Personen:

Name, Vorname [REDACTED]

**Kurzbeschreibung
der Veranstaltung**
u.a. sollte hervorgehen,
warum euer Projekt
gefördert werden sollte
(studentischer, kultureller
oder akademischer Wert)
(ggf. ausführliches Konzept
anfügen)

Der Dachverband der Studierenden der Musikwissenschaft (DVSM) fördert studentische Forschung und die Vernetzung der Studierenden des Fachs im gesamten deutschsprachigen Raum. Eines der wichtigsten Instrumente dafür ist das Nachwuchssymposium, welches dieses Jahr in Halle von der Institutsgruppe Musikwissenschaft veranstaltet werden darf. Das gewählte Thema des diesjährigen Symposiums ist: »Musik in Diktatur(en). Propaganda, Exil und Machtinstrument«. Unter diesem Thema sollen sich verschiedene inhaltliche Beiträge von Studierenden im Rahmen einer dreitägigen Tagung versammeln, welches Gelegenheit zur Vernetzung geben und mit einem Rahmenprogramm gestaltet werden soll. Ein ausführlicheres Konzept liegt an.

Zielgruppe: Studierende (intern/extern) Erwartete Teilnehmerzahl: 60 davon Studierende: 60

Eintrittspreis (Studierende/ Nicht-Studierende) : 0,00

Wenn keine Eintrittsgelder genommen werden, dann bitte hier begründen, warum nicht.

Zugang zu Bildung sollte so niedrigschwellig wie möglich und damit möglichst kostenfrei sein; das sollte unserer Ansicht nach auch und im Besonderen für an Studierende gerichtete wissenschaftliche Tagungen gelten.

Antragssumme an den Studierendenrat: 1.000

Wünscht/Braucht Ihr bei der Umsetzung und Organisation besondere Unterstützung? nein ja, und zwar:

Hinweis: Auf der Homepage findet ihr einen Ausleihkatalog für die verschiedensten Dinge. Auch Kontakte können wir euch evtl. vermitteln.

Antrag soll auf Vorschusszahlung gestellt werden (wird nur im Ausnahmefall gewährt)

Hinweise: Rechnungen müssen nicht selbst bezahlt werden, sondern können den Sprechern für Finanzen eingereicht werden. Sie werden dann direkt über den Stura bezahlt. Dabei ist jedoch folgendes zu beachten:

- Zahlungsziel der Rechnung (i.d.R. 14 Tage! - wenn möglich bitte 30 Tage vereinbaren) = Mahngebühren gehen zu Euren Lasten, wenn dir Rechnung nicht 7 Tage vor Zahlungsfristende im Sturagebäude eingegangen ist
- Einreichung der Rechnung muss mit einem gesonderten Formular (Homepage download) und im ORIGINAL erfolgen

Wenn Vorschuss beantragt wird, dann bitte hier Euren Ausnahmefall begründen:

Wie aus dem anliegenden Kostenfinanzierungsplan ersichtlich wird, handelt es sich bei den Gesamtkosten für die Tagung um eine Summe, die in ihrer Höhe von Einzelpersonen kaum zumutbar vorgeschossen werden kann. Da nicht bei allen Förderpartner:innen eine Möglichkeit auf Vorschuss überhaupt existiert, würden wir uns in diesem Fall zur Entlastung der finanziellen Situation der IG-Mitglieder während der Tagung sehr über eine Vorschusszahlung freuen.

Kosten- und Finanzierungsplan (KFP)

36. DVSM-Nachwuchssymposium in Halle (Saale)
 »Musik in Diktatur(en). Propaganda, Exil und Machtinstrument«
 08. bis 10. Dezember 2023

aktueller Stand: 18.08.2023

A) Ausgaben

Positionen	Erläuterungen	Einzelpositionen	Zwischen- und Gesamtsumme
		€	€
1 Organisation und Durchführung (Honorare, Entgelte)			
1.1 Projektleitung	Mitglieder der Institutsgruppe	0,00	
1.2 Produktionsleitung	Mitglieder der Institutsgruppe	0,00	
1.3 Buchhaltung und Finanzarbeit	Mitglieder der Institutsgruppe	0,00	
1.4 Öffentlichkeitsarbeit	Mitglieder der Institutsgruppe & der BFM	0,00	
Summe der 1. Hauptposition		Σ:	0,00
2 Reise- und Aufenthaltskosten			
2.1 Fahrtkostenzuschuss für Vortragende	in Härtefällen, vor allem für Studierende anderer Institute, wenn benötigt	400,00	
2.2 Rahmenprogramm			
2.2.1 Fahrtkostenzuschuss	Vortragende:r, Künstler:innen; ca. 6 á 50€	300,00	
2.2.2 Übernachtungskostenzuschuss	Vortragende:r, Künstler:innen; ca. 6 á 100€	600,00	
Summe der 2. Hauptposition		Σ:	900,00
3 Veranstaltungs- und Produktionskosten Rahmenprogramm			
3.1 Honorare/ Gagen für KünstlerInnen & Vortragende			
3.1.1 evtl. Gastvortrag	Gastvortrag/Keynote zur Symposiumseröffnung	300,00	
3.1.2 Gage Künstler:innen Konzert am ersten Abend	ca. 5 Personen á 100€	500,00	
3.1.3 Honorar Führung durch Händelhaus	Honorar für 45-minütige Führung	200,00	
3.2 Veranstaltungstechnik: Ton	Aufbau, Abbau, Betreuung 1 Konzert á 100€	100,00	
3.3 Genehmigungen; Gebühren	GEMA, KSK, Steuern, Noten	200,00	
3.4 Präsente (Blumen o. Ä.)	Vortragende, Künstler:innen	200,00	
3.5 Transportkosten		100,00	
Summe der 3. Hauptposition		Σ:	1.600,00
4 Werbung und Öffentlichkeitsarbeit			
4.1 Redaktion Programmheft und Pressemitteilungen	Mitglieder der Institutsgruppe	0,00	
4.2 Grafik und Layout	Programmheft, Plakate, Sticker	200,00	
4.3 Druck Werbemittel	Programmhefte, Plakate, Sticker	300,00	
4.4 Fotografie und Dokumentation	Mitglieder der Institutsgruppe	0,00	
Summe der 4. Hauptposition		Σ:	500,00
5 Verpflegung			
5.1 Catering während der Symposiumsvorträge	Kleincatering mit Getränken, Kaffee und Snacks	300,00	
5.2 Catering für Künstler:innen	Backstage-Catering	100,00	
5.3 gemeinsames Abendessen am zweiten Tag	bezahlt für alle Vortragenden; ca. 15 á 40€	600,00	

Kosten- und Finanzierungsplan (KFP)

36. DVSM-Nachwuchssymposium in Halle (Saale)
 »Musik in Diktatur(en). Propaganda, Exil und Machtinstrument«
 08. bis 10. Dezember 2023

aktueller Stand: 18.08.2023

Summe der 5. Hauptposition		Σ:	1.000,00
Gesamtausgaben des Projektes		gesamt Σ:	4.000,00

B) Einnahmen und Deckungsmittel

Positionen	Erläuterungen	Einzel- positionen	Zwischen- und Gesamtsumme
		€	€
1 geplante bzw. erwartete Förderungen			
1.1 Projektförderung des Studierendenrats der Universität Halle	geplant	1.000,00	
1.2 Fachschaftsrat für Musik-, Sport-, Medien- und Sprechwissenschaft der Philosophischen Fakultät II	Antrag angenommen, zugesagt	1.000,00	
1.3 PRO MUSICA e.V., Förderverein des Institutes für Musik der Universität Halle	geplant, Umfang geschätzt	500,00	
1.4 Vereinigung der Freunde und Förderer der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V.	geplant, Umfang geschätzt	500,00	
1.5 Stiftung der Saalesparkasse	geplant, Umfang geschätzt (vor allem für das Rahmenprogramm und den Restaurantbesuch)	1.000,00	
1.6 Förderung der Stadt Halle: Veranstaltungs- und Kongressförderung	unsicher, Umfang unklar	?	
Gesamteinnahmen und Deckungsmittel des Projektes		gesamt Σ:	4.000,00

36. DVSM-Nachwuchssymposium in Halle (Saale)
»Musik in Diktatur(en). Propaganda, Exil und Machtinstrument«
08. bis 10. Dezember 2023
Projektbeschreibung

Der Dachverband der Studierenden der Musikwissenschaften e. V. (DVSM) hat es sich zur Aufgabe gemacht, studentische Forschung zu fördern und die Vernetzung der Studierenden des Fachs im gesamten deutschsprachigen Raum voranzutreiben. Eines der wichtigsten Instrumente dafür ist das DVSM-Nachwuchssymposium. Dieses bietet die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, neue Perspektiven auf das Fach kennenzulernen, aber auch das Geschehen auf einer Tagung in einem geschützten Rahmen zu "üben". Zum Ende dieses Jahres lädt die Institutsguppe der Abteilung Musikwissenschaft des Instituts für Musik-, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS) an der Universität Halle Studierende aller Semester zu sich ein. Das inhaltliche Thema der Tagung ist dabei wie folgt benannt: »Musik in Diktatur(en). Propaganda, Exil und Machtinstrument«.

Im Symposium sollen vielgestaltige Zusammenhänge zwischen Musik und Diktaturen Thema sein. Fokussieren wollen wir uns dabei auf keinen spezifischen geographischen oder historischen Raum und freuen uns über Beiträge, welche die Einflüsse der Musik in jeglichen Diktaturen der Welt besprechen. Gleichwohl wollen wir konkret fragen, ob und wie sich die musikalische Praxis durch diktatorische Strukturen verändert. Wie positionieren sich Künstler:innen in diesen Systemen und wie verbreiten die ins Exil Gezwungenen unter ihnen ihre Kunst? Was machen Musiker:innen oder Komponist:innen, die von einem Tag auf den anderen zu Gegner:innen und Feind:innen erklärt werden? Auf welchen Wegen wird Musik von der Bevölkerung rezipiert? Und welchen Einfluss nehmen Diktaturen generell auf die innere und äußere Landeskultur?

Durch die Tagung soll ein Blick auf die musikalische Praxis und Entwicklung in vergangenen und gegenwärtigen Diktaturen geworfen werden. In Zeiten, in denen nationalistische Kräfte weltweit versuchen Macht zu erlangen und es immer wieder schaffen, ist es auch die Aufgabe der Wissenschaft, der Menschheit den Spiegel vorzuhalten: sei es durch das Aufzeigen und Dokumentieren der misslichen Entwicklungen oder durch das Erinnern an vergangene Epochen der Weltgeschichte.

Die Tagung soll insgesamt drei Tage mit verschiedenen Vorträgen umfassen und durch ein Rahmenprogramm gestaltet werden. Dazu sind momentan sowohl eine Eröffnungsk keynote, eine Führung durch das Händelhaus und auch ein abendliches Konzert mit musikalischem Material in Bezug zu Diktaturen geplant. Wir freuen uns über alle Teilnehmende und alle Unterstützende!

Finanzplan Workshop „Rassismuskritische Medizin“

Ausgaben:

Betreff	Kosten	Wer übernimmt die Kosten
Honorar	450 €	FSR Medizin
Reisekosten: Zug Köln-Halle, Halle-Köln Kalkuliert sind 60€ pro Fahrt, wir werden so früh wie möglich buchen	120 €	120€ StuRa MLU
Unterkunft z.B. Hotel Martha Haus, Ibis, B&B etc.	80 €	50€ FSR Medizin 30€ StuRa MLU
Gesamt	650 €	

Einnahmen:

Summe	Institution	Status
500 €	FSR Medizin	Bewilligt
150 €	StuRa MLU	Beantragt
650 €	Gesamt	